

**Hauptsatzung  
des Landkreises Alzey-Worms**

**vom 06. Juli 2021**

**in der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 27.08.2024,  
in Kraft getreten am 27.08.2024**

Der Kreistag hat aufgrund der §§ 11 b, 12, 17, 18, 20, 25, 27, 27 a, 37, 38, 41 und 44 der Landkreisordnung (LKO) in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBL. S. 188), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. Mai 2023 (GVBL. S.133),

der §§ 2 und 3 der Landesverordnung (LVO) zur Durchführung der Landkreisordnung (LKO DVO) vom 21. Februar 1974 (GVBL. S. 102), zuletzt geändert durch LVO vom 06. November 2009 (GVBL. S. 379),

der Ziffer 6 der Verwaltungsvorschrift zu § 23 der Gemeindehaushaltsverordnung vom 17. Januar 2017 (Ministerialblatt der Landesregierung vom 28. Februar 2017)

der §§ 2, 3, 4, 5, 7 und 15 der LVO über die Aufwandsentschädigung für kommunale Ehrenämter (KomAEVO) vom 27. November 1997 (GVBl. S. 435), zuletzt geändert durch Art. 1 und 2 der LVO vom 29. August 2023 (GVBL. S. 241),

der §§ 7 und 9 der LVO über die Besoldung und Dienstaufwandsentschädigung der hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamten auf Zeit (Kommunal-Besoldungsverordnung -LKombesVO -) vom 15. November 1978 (GVBl. S. 710), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juni 2013 (GVBL. S.157),

des § 2 der Feuerwehr-Entscheidungsverordnung vom 12. März 1991 (GVBL. S. 85), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 2 der LVO vom 13. Dezember 2023 (GVBL. S. 410),

des § 25 des Landeskrankenhausgesetzes (LKG) vom 28. November 1986 (GVBL. S. 342), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 19. Dezember 2018 (GVBL. S. 448),

des § 3 der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung (EigAnVO) vom 05. Oktober 1999 (GVBL. S. 373), zuletzt geändert durch LVO vom 13.12.2023 (GVBL. S. 408),

am 06. Juli 2021 folgende Hauptsatzung beschlossen:

**§ 1  
Öffentliche Bekanntmachung**

(1) Öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ausschließlich elektronisch auf der Internetseite des Landkreises unter der Adresse <https://www.alzey-worms.de>, soweit dies nach Maßgabe der jeweils einschlägigen Bestimmungen zulässig ist. Dies ist auf der Internetseite des Landkreises bekannt zu machen.

Soweit es sich um eine durch Rechtsvorschrift des Landes bestimmte Pflicht zur Veröffentlichung handelt, erfolgt die rein öffentliche Bekanntmachung nach Maßgabe des § 14 E-Government-Gesetz Rheinland-Pfalz (EGovGRP).

Im Übrigen erfolgen öffentliche Bekanntmachungen in einer Zeitung; dies gilt insbesondere für Satzungen und sonstige ortsrechtliche Bestimmungen sowie für öffentliche Bekanntmachungen in Fällen des § 1 Abs. 3 EGovGRP.

Der Kreistag entscheidet, in welcher Zeitung oder in welchen Zeitungen die Veröffentlichungen erfolgen. Soweit der Inhalt einer öffentlichen Bekanntmachung durch die Belegenheit des Objekts oder durch eine sonstige durch den zu veröffentlichenden Text sich ergebende räumliche Begrenzung nur das Gebiet einer Gemeinde oder Verbandsgemeinde betrifft, genügt die Bekanntmachung in der in dieser Gemeinde (Verbandsgemeinde) erscheinenden Zeitung.

(2) Karten, Pläne oder Zeichnungen und damit verbundene Texte oder Erläuterungen können abweichend von Absatz 1 durch Auslegung in dem Dienstgebäude der Kreisverwaltung zur Einsicht während der Dienstzeit bekanntgemacht werden. In diesem Fall ist auf Gegenstand, Ort (Gebäude und Raum), Frist und Zeit der Auslegung spätestens am Tage vor Beginn der Auslegung durch öffentliche Bekanntmachung in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt mindestens 7 volle Werktage. Besteht an dienstfreien Werktagen keine Möglichkeit der Einsichtnahme, so ist die Auslegungsfrist so festzusetzen, dass an mindestens sieben Tagen Einsicht genommen werden kann.

(3) Soweit durch Rechtsvorschrift eine öffentliche Auslegung vorgeschrieben ist und diese Rechtsvorschrift keine besonderen Bestimmungen enthält, gilt Absatz 2 entsprechend.

(4) § 27 a des Verwaltungsverfahrensgesetzes (Öffentliche Bekanntmachungen im Internet) ist zu beachten.

## **§ 2 Ältestenrat**

Es wird ein Ältestenrat gebildet. Er besteht aus der Landrätin oder dem Landrat und den Fraktionsvorsitzenden sowie den Mitgliedern des Kreistages, deren politische Gruppe aufgrund des Ergebnisses der Wahl zum Kreistag keine Fraktionsstärke erreicht. Den Vorsitz im Ältestenrat führt die Landrätin oder der Landrat; in seiner Vertretung führen ihn die Kreisbeigeordneten in der Reihenfolge ihrer Vertretungsbefugnis. Der Ältestenrat berät über Fragen der Tagesordnung und den Ablauf von Sitzungen.

## **§ 3 Ausschüsse des Kreistages**

(1) Der Kreisausschuss hat 15 Mitglieder.

(2) Der Kreistag bildet neben dem Kreisausschuss folgende Ausschüsse:

1. Werkausschuss Abfallwirtschaft
2. Rechnungsprüfungsausschuss

3. Ausschuss für Bildung, Weiterbildung und Kultur
4. Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
5. Ausschuss für Bauen und Umwelt
6. Sportausschuss
7. Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Generationen

(3) Die Mitglieder des Kreisausschusses und der Ausschüsse nach Absatz 2 haben eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter.

(4) Die Mitglieder werden aus der Mitte des Kreistages gewählt. Folgende Ausschüsse werden aus Mitgliedern des Kreistages und sonstigen wählbaren Bürgerinnen und Bürgern gebildet:

1. Werkausschuss Abfallwirtschaft
2. Ausschuss für Bildung, Weiterbildung und Kultur
3. Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
4. Ausschuss für Bauen und Umwelt
5. Sportausschuss
6. Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Generationen

Mindestens die Hälfte der Ausschussmitglieder soll Mitglied des Kreistages sein. Entsprechendes gilt für die Stellvertreter der Ausschussmitglieder.

(5) Der Kreistag bestimmt das Nähere über die Anzahl der Mitglieder und die Aufgaben der einzelnen Ausschüsse.

## **§ 4**

### **Übertragung von Aufgaben des Kreistages auf Ausschüsse bzw. den Landrat**

(1) Folgende Aufgaben des Kreistages werden zur Beschlussfassung dem Kreisausschuss übertragen:

- a) Die Vergabe von Aufträgen, die Gewährung von Zuschüssen und sonstige Entscheidungen im Zusammenhang mit der Ausführung des Haushaltsplanes, soweit nicht ein sonstiger Ausschuss vom Kreistag damit beauftragt ist oder soweit die Landrätin oder der Landrat kraft Gesetzes zuständig ist.
- b) Die Zustimmung zur Ernennung der Kreisbeamtinnen und -beamten des dritten und vierten Einstiegsamtes sowie zur Entlassung der Beamtinnen und Beamten auf Probe dieser Laufbahngruppen gegen deren Willen. Die Zustimmungen bei Mitarbeitenden des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Alzey-Worms obliegen gem. § 7 Abs. 2 der EigAnVO der Zuständigkeit des Werkausschusses Abfallwirtschaft.
- c) Die Zustimmung zur Einstellung und Eingruppierung der dem dritten und vierten Einstiegsamt vergleichbaren Beschäftigten sowie zur Kündigung gegen deren Willen. § 4 Abs. 1 b) 2. Satz findet auch in diesen Fällen Anwendung.
- d) Die Zustimmung zur Hinausschiebung des Ruhestandsbeginns.

- e) Die Aufgaben als oberste Dienstbehörde gem. § 89 Abs. 1 Landespersonalvertretungsgesetz (LPersVG).
- f) Die Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen von einem Betrag über 15.000 Euro netto bis zum Betrag von 50.000 Euro netto.
- g) Die Genehmigung von Verträgen des Landkreises mit der Landrätin oder dem Landrat, den Kreisbeigeordneten, der leitenden staatlichen Beamtin oder dem leitenden staatlichen Beamten bis zu einer Wertgrenze
  - a) wenn die Verträge laufende Leistungen zum Gegenstand haben von 500 Euro netto,
  - b) wenn die Verträge einmalige Leistungen zum Gegenstand haben von 1.500 Euro netto.
- h) Die Verfügung über Kreisvermögen innerhalb einer Wertgrenze von über 5.000 Euro netto bis 12.500 Euro netto sowie die Hingabe von Darlehen des Landkreises bis zu einer Wertgrenze von 12.500 Euro netto.
- i) Die Herstellung des Benehmens nach § 26 Abs. 5 Schulgesetz.
- j) Behandlung von Anregungen und Beschwerden nach § 11 b Satz 3 LKO.
- k) Die Entscheidung nach § 58 Abs. 3 LKO über die Annahme von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zur Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 LKO oder die Vermittlung an Dritte, die sich an der Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 LKO beteiligen.
- l) Die Beschlussfassung über die Übersicht der übertragenen Ermächtigungen auf das Haushaltsfolgejahr gemäß § 17 Abs. 5 Satz 1 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO).
- m) Die Zustimmung zum Abschluss von Vergleichen von über 30.000 Euro netto bis 100.000 Euro netto Differenz zwischen ursprünglicher Forderung und der Vergleichssumme, wenn der Landkreis Gläubiger ist, und bis zu einer Forderungshöhe von über 30.000 Euro netto bis 100.000 Euro netto, wenn der Landkreis Schuldner ist, soweit nicht der Landrat zuständig ist.

(2) Der Werkausschuss Abfallwirtschaft nimmt die Aufgaben des Werkausschusses nach der EigAnVO und die in der Betriebssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebes geregelten Aufgaben wahr. Die Bestimmungen des Absatzes 1 g) und h) sowie des Absatzes 5 c) gelten entsprechend.

(3) Dem Ausschuss für Bauen und Umwelt wird

- die Vorberatung des Haushaltes für den Bereich der Hoch- und Tiefbaumaßnahmen an den Gebäuden des Landkreises sowie
- die Beratung und Beschlussfassung von größeren investiven Baumaßnahmen (Investitionsvolumen ab 1 Mio.€ netto) - ausgenommen Straßenbaumaßnahmen - in der

Planungs- und Durchführungsphase, insbesondere in Bezug auf Konzeption, Technik, Baustoffe und Gestaltung übertragen.

(4) Dem Kreisausschuss obliegt die Vorberatung der Beschlüsse des Kreistages, soweit die Angelegenheit nicht in den Aufgabenbereich eines anderen Ausschusses fällt.

(5) Der Kreistag kann unter Beachtung des § 25 Abs. 2 LKO die Beschlussfassung auch über sonstige Aufgaben Ausschüssen übertragen; seine Rechte nach § 37 Abs. 3 LKO bleiben unberührt.

(6) Folgende Aufgaben des Kreistages werden zur Entscheidung dem Landrat übertragen:

- a) Die Vergabe von Aufträgen bis zu einem Betrag von 60.000 Euro netto im Einzelfall (Geschäft der laufenden Verwaltung), soweit es sich nicht um Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung oder mit präjudizierender Wirkung auf andere Vorgänge handelt.
- b) Die Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen bis zu einem Betrag von 15.000 Euro netto im Einzelfall (Geschäft der laufenden Verwaltung), soweit es sich nicht um Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung oder mit präjudizierender Wirkung handelt.
- c) Die Verfügung über Kreisvermögen, insbesondere die unbefristete Niederschlagung und der Erlass von Forderungen bis zu einer Wertgrenze von 5.000 Euro netto je Einzelforderung (Geschäft der laufenden Verwaltung), soweit es sich nicht um Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung oder mit präjudizierender Wirkung handelt.  
Unbefristete Niederschlagungen auf Grund gerichtlich festgestellter Restschuldbefreiung gelten ohne Wertgrenze als Geschäft der laufenden Verwaltung.
- d) Die Berufung der Mitglieder des Psychiatriebeirates sowie der Besuchskommission nach dem Landesgesetz für psychisch kranke Personen.
- e) Der Abschluss von Vergleichen bis 30.000 Euro netto Differenz zwischen ursprünglicher Forderung und der Vergleichssumme, wenn der Landkreis Gläubiger ist, und bis zu einer Forderungshöhe von 30.000 Euro netto, wenn der Landkreis Schuldner ist.

## **§ 5**

### **Kreisbeigeordnete**

(1) Der Landkreis hat drei Kreisbeigeordnete.

(2) Für die Verwaltung des Kreises werden drei Geschäftsbereiche gebildet.

## **§ 6**

### **Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Kreistages**

(1) Zur Abgeltung der notwendigen baren Auslagen und der sonstigen persönlichen Aufwendungen erhalten die Kreistagsmitglieder für die Teilnahme an Sitzungen des Kreistages eine Entschädigung nach Maßgabe der Absätze 2 und 4 bis 7.

(2) Die Entschädigung wird gewährt in Form eines monatlichen Durchschnittssatzes in Höhe von 120 Euro. Der Jahresbetrag des monatlichen Durchschnittssatzes wird um 50 v. H. gekürzt, wenn das Kreistagsmitglied an mindestens der Hälfte der in einem Kalenderjahr stattgefundenen Kreistagssitzungen ohne triftigen Grund nicht teilgenommen hat oder von der Teilnahme ausgeschlossen war.

(3) Für die Teilnahme an Sitzungen der Fraktionen, die der Vorbereitung von Kreistagssitzungen dienen, erhalten die Kreistagsmitglieder eine Entschädigung in Form eines Sitzungsgeldes in Höhe von 40 Euro. Die Zahl der Fraktionssitzungen, für die ein Sitzungsgeld gewährt wird, darf jährlich das Zweifache der Kreistagssitzungen nicht übersteigen; sie darf jedoch mindestens 14 betragen.

(4) Neben der Aufwandsentschädigung nach den Absätzen 2 und 3 werden die notwendigen Kosten für Fahrten zwischen Wohnort und Sitzungsort durch Ersatz der entstandenen Fahrtkosten für öffentliche Verkehrsmittel ersetzt. Soweit eigene Fahrzeuge benutzt werden, richtet sich die Fahrtkostenvergütung nach den Sätzen für anerkannt privateigene Kraftfahrzeuge.

(5) Für die Teilnahme an Kreistagssitzungen wird nachgewiesener Lohnausfall in voller Höhe ersetzt; er umfasst auch die entgangenen tarifvertraglichen und freiwilligen Arbeitgeberleistungen sowie den Arbeitgeberanteil zu den gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträgen. Auf Antrag wird der glaubhaft versicherte Verdienstaufschlag ersetzt, höchstens jedoch 40 Euro je Sitzung. Personen, die nicht über ein Erwerbseinkommen verfügen, denen aber im häuslichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder die Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten auf Antrag einen Ausgleich entsprechend dem Höchstsatz nach Satz 2 (Nachteilsausgleich). Unbezahlte Versorgungs- und/oder Erziehungsarbeit wird auf glaubhafte Versicherung bis zu einem Höchstbetrag von 40 Euro je Sitzung ersetzt.

(6) Neben der Aufwandsentschädigung erhalten die Kreistagsmitglieder für Dienstreisen Reisekostenvergütung nach den Bestimmungen des Landesreisekostengesetzes.

(7) Die Vorsitzenden der im Kreistag gebildeten Fraktionen erhalten zusätzlich eine besondere Entschädigung in Höhe der nach Abs. 2 festgesetzten Entschädigung.

## **§ 7**

### **Aufwandsentschädigung für Mitglieder von Ausschüssen und Inhaberinnen oder Inhaber sonstiger Ehrenämter**

(1) Die Mitglieder der Ausschüsse des Kreistages erhalten eine Entschädigung in Form eines Sitzungsgeldes in Höhe von 40 Euro.

(2) Die Mitglieder sonstiger Ausschüsse und Beiräte sowie die vom Kreistag in Verbände, Gesellschaften und sonstige Vereinigungen gewählten Vertreterinnen und Vertreter, erhalten eine Entschädigung nach Abs. 1, wenn nicht von anderer Seite eine Aufwandsentschädigung gezahlt wird oder durch Rechtsvorschrift etwas anderes bestimmt ist.

(3) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des § 6 Abs. 4 bis 6 entsprechend.

(4) Die Inhaberinnen oder Inhaber sonstiger Ehrenämter erhalten für Dienstreisen Reisekostenvergütung nach den Bestimmungen des Landesreisekostengesetzes. Fahrtkosten werden nach den Bestimmungen des Landesreisekostengesetzes erstattet. Bei Benutzung eines eigenen Fahrzeuges richtet sich die Fahrtkostenvergütung nach den Sätzen für anerkannt privateigene Fahrzeuge.

(6) Personen, welche im Auftrag der Kreisverwaltung ehrenamtlich Aufgaben des Landkreises wahrnehmen, können eine Aufwandsentschädigung erhalten, die nach Stundensätzen bemessen wird; die Zeiten für die Wegstrecken vom Wohnsitz bis zum Tätigkeitsort und zurück werden grundsätzlich nicht berücksichtigt. Die Entschädigung kann von 5 Euro bis zu 15 Euro je volle Stunde betragen und wird vom Landrat im Einzelfall festgelegt. Absatz 4 gilt entsprechend.

## **§ 8**

### **Entschädigung für Mitglieder des Beirates für Migration und Integration**

(1) Die Mitglieder des Beirates für Migration und Integration erhalten eine Entschädigung in Form eines Sitzungsgeldes in Höhe von 40 Euro.

(2) Die oder der Vorsitzende erhält zusätzlich eine pauschale monatliche Entschädigung in Höhe von 40 Euro.

(3) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des § 6 Abs. 4 bis 6 entsprechend.

## **§ 8 a**

### **Entschädigung für Mitglieder des Regionaltages Rheinhessen**

(1) Die Mitglieder des Regionaltages Rheinhessen und seiner Arbeitsgruppen/Ausschüsse erhalten eine Entschädigung in Form eines Sitzungsgeldes in Höhe von 40 Euro.

(2) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des § 6 Abs. 4 bis 6 entsprechend.

## **§ 9**

### **Aufwandsentschädigung der Kreisbeigeordneten**

(1) Die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten erhalten für den Fall der Vertretung der Landrätin oder des Landrates eine Aufwandsentschädigung in Höhe des Höchstsatzes nach § 15 Abs. 2 Satz 1 KomAEVO, wobei der Höchstsatz um 11 v.H.,

entsprechend § 15 Abs. 2 Satz 2 KomAEVO, erhöht wird. Eine nach Absatz 2 gewährte Aufwandsentschädigung ist anzurechnen.

(2) Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete, denen ein bestimmter Geschäftsbereich übertragen ist, erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung. Die Aufwandsentschädigung beträgt 80 %, nach einer Amtszeit von 10 Jahren 100%, des Höchstsatzes nach § 15 Abs. 3 Satz 2 KomAEVO.

(3) Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete, denen aufgrund des § 44 Abs. 3 LKO einzelne Amtsgeschäfte übertragen sind, erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1/30 der Aufwandsentschädigung nach Abs. 1.

(4) Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete ohne Geschäftsbereich, die nicht Kreistagsmitglied sind und auch keine Aufwandsentschädigung nach Absatz 1 erhalten, erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse die für Kreistagsmitglieder festgesetzte Aufwandsentschädigung. Das gleiche gilt, wenn ehrenamtliche Kreisbeigeordnete an Sitzungen des Kreisvorstandes, an Besprechungen mit der Landrätin oder dem Landrat (§ 41 Abs. 3 LKO) oder an Fraktionssitzungen teilnehmen oder wenn sie den Vorsitz in einem Ausschuss führen (§ 40 Abs. 1 Satz 2 LKO) und ihnen hierfür keine Aufwandsentschädigung als Mitglied des Kreistages oder nach den Absätzen 1 bis 3 gewährt wird.

(5) § 6 Abs. 5 findet auch auf ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Anwendung. Die Leistungen werden neben der Teilnahme an Kreistagssitzungen auch gewährt für die notwendige Wahrnehmung des Ehrenamtes bis zu wöchentlich zwei Anwesenheitstagen während der regelmäßigen Arbeitszeit in der Kreisverwaltung (nur im Falle der Übertragung eines Geschäftsbereiches) sowie für Vertretungen des Landrates, die Wahrnehmung vom Landrat übertragener einzelner Amtsgeschäfte, die Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse und des Kreisvorstandes sowie an sonstigen Besprechungen. Verdienstausschlag oder Nachteilsausgleich werden je Tag nur einmal gewährt.

## **§ 10**

### **Dienstaufwandsentschädigung der Landrätin oder des Landrats**

Die Landrätin oder der Landrat erhält eine Dienstaufwandsentschädigung in Höhe des Höchstsatzes nach der Kommunal-Besoldungsverordnung - LKomBesVO -.

## **§ 11**

### **Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich Tätige im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes**

(1) Die monatliche Aufwandsentschädigung der Brand- und Katastrophenschutzinspektorin oder des Brand- und Katastrophenschutzinspektors besteht aus einem Grundbetrag in Höhe des Höchstsatzes zuzüglich des jeweiligen Zuschlags für jede im Kreisgebiet aufgestellte örtliche Feuerweereinheit und Werkfeuerwehr nach der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung.



(2) Die Aufwandsentschädigung der beiden ständigen Vertreterinnen oder Vertreter der Brand- und Katastrophenschutzinspektorin oder des Brand- und Katastrophenschutzinspektors beträgt jeweils den hälftigen Teil der Aufwandsentschädigung der Brand- und Katastrophenschutzinspektorin oder des Brand- und Katastrophenschutzinspektors, soweit sie regelmäßig einen Teil der Aufgaben der Brand- und Katastrophenschutzinspektorin oder des Brand- und Katastrophenschutzinspektors wahrnehmen.

(3) Die Kreisjugendfeuerwehrwartin oder der Kreisjugendfeuerwehrwart erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe des in der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung ausgewiesenen Mindestgrundbetrages zuzüglich dem dort ausgewiesenen Zuschlag für jede im Kreisgebiet aufgestellte Jugendfeuerwehr.

(4) Die Kreisausbilderinnen und/oder die Kreisausbilder erhalten je Ausbildungsstunde eine Aufwandsentschädigung in Höhe des in der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung ausgewiesenen Satzes. Die gleiche Aufwandsentschädigung erhält das Bedienpersonal der kreiseigenen Atemschutzübungsstrecke.

(5) Die Zugführerin oder der Zugführer des Gefahrstoffzuges erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe des aus dem Mindest- und dem Höchstsatz für Wehrleiter errechneten Mittelwertes nach der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung. Die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Führerin oder des Führers des Gefahrstoffzuges erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe der Hälfte der Aufwandsentschädigung der Zugführerin oder des Zugführers, wenn sie oder er einen Teil der Aufgaben der Zugführerin oder des Zugführers regelmäßig wahrnimmt. Werden für jede Komponente eigene Zugführer bestellt, so sind deren Aufwandsentschädigungen zusammen auf den sich aus den Sätzen 1 und 2 ergebenden Betrag begrenzt.

(6) Die Feuerwehrangehörigen für die Bedienung, Wartung und Pflege der Informations- und Kommunikationstechnik erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe des in der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung festgelegten Mindestsatzes.

## **§ 12**

### **Aufwandsentschädigung der Kreisjagdmeisterin/des Kreisjagdmeisters und ihrer Vertreterin/seines Vertreters**

(1) Die Kreisjagdmeisterin/der Kreisjagdmeister erhält als Ersatz für bare Auslagen und für Zeitversäumnis eine pauschale Entschädigung in Höhe von 205 Euro monatlich.

Die Vertreterin/der Vertreter der Kreisjagdmeisterin/des Kreisjagdmeisters erhält für den Fall der Vertretung eine pauschale Entschädigung. Diese beträgt 1/30 der Entschädigung nach Absatz 1 für jede Vertretung bzw. jeden Tag der Vertretung.

## **§ 13**

### **Entschädigung der Patientenfürsprecherinnen und/oder Patientenfürsprecher**

Die Patientenfürsprecherinnen und/oder Patientenfürsprecher erhalten als Ersatz für bare Auslagen und für Zeitversäumnis eine pauschale Entschädigung.

Sie wird

- a) für die Patientenfürsprecherin oder den Patientenfürsprecher beim DRK-Krankenhaus Alzey auf 70 Euro,
- b) für die Patientenfürsprecherin oder den Patientenfürsprecher bei der Rheinhesen-Fachklinik Alzey auf 210 Euro monatlich festgesetzt.

Ab dem Jahre 2022 erhöhen sich die Aufwandsentschädigungen um den Prozentsatz, um den sich die Grundgehälter des dritten Einstiegsamtes der Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz erhöhen.

## **§ 14**

### **Entschädigung für Inhaber/innen von Wahlämtern**

(1) Die Beisitzer der Wahlausschüsse, die im Rahmen der Landkreisordnung und des Kommunalwahlgesetzes für eine Wahl oder Abstimmung des Landkreises gebildet werden, erhalten, sofern sie außerhalb ihres Wohnorts tätig werden, Ersatz der Fahrtkosten gem. § 7 Absatz 4 Satz 2 und 3.

(2) Die Mitglieder und Hilfskräfte der Wahl- und Abstimmungsvorstände, die im Rahmen der Landkreisordnung und des Kommunalwahlgesetzes oder aufgrund einer Vereinbarung bei den Stadt- und Verbandsgemeindeverwaltungen für eine Wahl oder Abstimmung des Landkreises gebildet werden, erhalten als Ersatz für bare Auslagen und Zeitversäumnis eine pauschale Entschädigung in Form eines Erfrischungsgeldes in Höhe von 21 € für den Wahltag.

Finden an einem Wahltag mehrere Wahlen und Abstimmungen statt, wird das Erfrischungsgeld nur einmal gewährt.

Das Erfrischungsgeld wird dem in § 8 Abs. 3 Landeswahlordnung geregelten Satz angepasst, sobald dieser den Betrag von 21 € überschreitet.

Darüber hinaus erhalten alle Mitglieder und Hilfskräfte Ersatz der Fahrtkosten gem. § 7 Abs. 4 Satz 2 und 3, sofern sie außerhalb ihres Wohnorts tätig werden.

### **§ 14 a Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Bienensachverständige**

Ehrenamtlich tätige Bienensachverständige erhalten eine Aufwandsentschädigung für eine reine Untersuchungstätigkeit zur Unterstützung des Amtstierarztes außerhalb des Seuchenfalles. Diese beträgt 11,00 Euro für jede angefangene Stunde, bei einem Tageshöchstsatz von 55,00 Euro. Die Aufwandsentschädigungen werden monatlich nachträglich abgerechnet und ausschließlich unbar gezahlt.

**§ 15**  
**Inkrafttreten**

Die Hauptsatzung tritt am 06. Juli 2021, § 6 Abs. 2 und § 11 Abs. 6 zum 01.01.2022, § 13 rückwirkend zum 01.01.2021, in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung des Landkreises Alzey-Worms vom 13. August 2019 außer Kraft.

Alzey, 06. Juli 2021/ 23.03.2023 /06.02.2024 /27. August 2024

Gez. Heiko Sippel  
Landrat